

fürchtungen anderer Kreise vor Entvölkerung infolge des Geburtenrückgangs gegenüber. Die Walthusianer erhielten zur Unterstützung ihrer anscheinend sehr einleuchtend klaren, richtigen und überzeugenden Anschauungen durch jede neue Wirtschaftskrise neue Beweise. Da waren eben immer wieder die Massen Arbeits- und Mittelloser, für die die Natur den Tisch nicht gedeckt hat, die daher überzählig und überflüssig sind und von denen die Natur fordert, daß sie verschwinden, in Not und Elend zugrunde gehen. Und da konnte man auch in Arbeiterkreisen immer und immer wieder hören: „Es gibt zu viel Menschen!“ Die Natur vermöge nicht so viele Menschen zu ernähren, wobei gerade alle die Menschen als dem notwendigen und unvermeidlichen Untergang geweiht erschienen, die jeweiligen zufällig arbeitslos waren. Die sozialistisch aufklärten und denkenden Arbeiter ruften, daß von einer unbedingten Überbevölkerung Europas oder der übrigen Erdteile gar keine Rede sein konnte. Sie wußten, daß es sich in den Massen Arbeitsloser nicht um unbedingt überzählige Menschen handelte, sondern nur um verhältnismäßig überzählige und daß an ihrer Mittellosigkeit nur der im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründete Wechsel von Wirtschaftskrisen und Wirtschaftskrisen die Schuld trägt, besonders also in Krisenzeiten, während in Blütezeiten unmittelbar nachher oft wieder zu wenig Arbeiter vorhanden waren, also Mangel an Arbeitern bestand.

Im Zusammenhang mit den Wirtschaftskrisen, wohl mehr aber noch infolge der dauernden Teuerung der Lebenshaltung, die die Erhaltung einer zahlreichen Familie immer schwieriger machte, ist nun in weiten Volkskreisen eine planmäßige Beschränkung der Geburten eingetreten, die manchen Schwarzsehern schon das Gespenst der Entvölkerung vor Augen täuschte. Immerhin fehlten die bekannnten Bemühungen zur Förderung der Geburtenhäufigkeit ein.

Bei Ausbruch des Krieges standen beide Fragen zur Erörterung. Man besprach überall den Rückgang der Geburtenzahl und zugleich herrschte Arbeitslosigkeit infolge der eingetretenen und sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise. Der Krieg hat nun im Laufe der verfloffenen acht Monate durch die Einberufung von vielleicht 20 Millionen Männern das Gespenst der Überbevölkerung vertrieben. Alle, die immer zu viel Menschen auf der Erde und namentlich in Europa oder besonders in ihrem Lande sahen und die immer wieder als Mittel der gründlichen Abhilfe einen frisch-fröhlichen Krieg wünschten, müssen gegenwärtig ein außerordentlich starkes Gefühl der Genugtuung haben, daß auf den Schlachtfeldern bereits Millionen Fremden um ihr Leben gekommen sind und so die Überbevölkerung vermindert haben. Wie erst würde sich der Geißliche Welt haus darüber freuen.

Diese Freude könnte freilich nur eine sehr einseitige sein. Denn der Krieg hat bis jetzt Länder und Landesteile mit zusammen etwa 40 Millionen Bewohnern verwüßt. Fruchtbare Felder, Wälder, Gärten etc., die auch nach dem Kriege auch Jahre hinaus nicht so viele Früchte und Lebensmittel, Fleisch, Milch, Butter etc. liefern, also viel weniger Menschen werden ernähren können als vor dem Krieg. Die trügerischen Überbevölkerungs-„Gelehrten“ sollten durch den gegenwärtigen Krieg gründlich von der Ansicht geheilt sein, der vermeintlichen Überbevölkerung durch einen blutigen Krieg abhelfen zu können. Trotz der Millionen Opfer der Schlachtfelder kann Europa in den nächsten Jahren nach dem Kriege seine Bewohner weniger leicht ernähren als vor dem Kriege, weil es viel weniger Lebensmittel als vor dem Kriege zu erzeugen vermag.

Gemindert wird dieser Umfang freilich wieder durch eine andere bedeutende Folge des Krieges, nämlich durch einen starken Rückgang der Geburtenhäufigkeit. Das Jahr 1915 wird eine bedeutend kleinere Geburtenzahl aufweisen als das Jahr 1914 und eine ganze Reihe von weiteren Jahren werden die Geburtenzahlen niedrig bleiben. Von Millionen Familien ist der Vater auf dem Schlachtfeld geblieben, Hunderttausende Bräute haben durch den Krieg ihre zukünftigen Männer verloren und die Gesamtzahl der Männer in heiratsfähigem Alter wird demnach herabgedrückt, daß die Häufigkeit der Eheschließungen stark zurückgehen wird und auch aus diesem Grunde die Geburtenzahl.

Für die Gegner der Geburtenbeschränkung haben sich die Verhältnisse ungemein verschlechtert, ihre Aussichten auf Besserung sind auf absehbare Zeit sehr trübe und hoffnungslos und die Zunahme der Entvölkerung dürfte unaufhaltsam werden. Dazu wird schließlich auch noch die große Teuerung nach dem Kriege beitragen, die sich lange behaupten und vielleicht eine dauernde sein wird.

So hat der Krieg schwerwiegende neue Fragen geschaffen oder alte Fragen ungemein verschärft. Gewiß, der Sozialismus würde die ohne große Schwierigkeiten gut lösen können, aber seine Verwirklichung wird nach wie vor eine Aufgabe längerer Entwicklung, eine Aufgabe der Zukunft bleiben. Danach wird die Arbeiterbewegung wie schon während dem Kriege so auch nach ihm und dann noch viel mehr an der Wiebegerhebung, an der Fortentwicklung und an dem Kampfe der Verhältnisse, an der Hebung der Arbeiterklasse mitwirken können, die durch die Ereignisse selbst in den Mittelpunkt alles Geschehens gestellt werden wird. Eine unermesslich große Friedens- und Kulturarbeit harret der Arbeiterbewegung, die auch wichtige Vorarbeit für die endlich versündete bürgerliche Gesellschaft leisten und der Freundschaft und Menschlichkeit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen wird.

Die Zukunft Pforzheims.

Aus Pforzheim wird uns geschrieben: Der Weltkrieg hat seine hemmenden Wirkungen auf wirtschaftlichem Gebiete in allen Industrien — außer denen, die für die Bedürfnisse des Heeres arbeiten — gezeigt. Jedoch keine Industrie Deutschlands ist derartig in Mitleidenhaftigkeit gezogen worden, wie die Edelmetallindustrie, deren Hauptplatz Pforzheim ist. Pforzheim hatte bereits vor dem gegenwärtigen Kriege am meisten unter der Einwirkung der unsicheren politischen Verhältnisse zu leiden, wie sie der Balkankrieg 1912/13 hervorrief. Dieser hemmte mehr oder weniger das Wirtschaftsleben Deutschlands. Da anlässlich dieses Krieges auch Rußland und Österreich zum Teil mobilisiert hatten, so waren neben den Balkanländern unserer Hauptindustrie weitere wichtige Absatzgebiete in sehr gefährlicher Weise entzogen. Die Arbeitslosigkeit unter den hiesigen Goldarbeitern hatte großen Umfang angenommen. Vielfach wurden die Arbeiter nur an 3 und 4 Tagen in der Woche beschäftigt. Die Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zählte 1911 8367 an Arbeitslosenunterstützung, 1912 schon 21791 und 1913 gar 45460 an ganz oder teilweise arbeitslose Mitglieder aus. Im Jahre 1912 wurden an 1840 Personen für 24320 Tage Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt, 1913 dagegen für 46228 Tage an 2352 Personen. Eine gewaltige Steigerung sowohl der Zahl der bezahlten Arbeitslosentage wie der Personen. Auf Hosen war also die Arbeiterchaft in der Edelmetallindustrie schon damals nicht gebettet. Der Spruch: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt“, hat heute seine Berechtigung verloren, in den Industriebezirken und Industriestädten heißt es: hat der Arbeiter Geld, so hat's die ganze Welt. Dies wird niemand besser gemahnt als die Geschäftswelt. Dieser geht es mit dem Arbeiter gut oder schlecht. Über nicht nur diese allein, auch die Stadtverwaltung hat zu leiden, wenn kein Geld und kein Verdienst unter der Arbeiterchaft vorhanden ist. Die Einnahmen gehen zurück. Die Stadtverwaltung Pforzheim mußte zur Erhöhung der Umlage schreiten und dessen weitere Erhöhung für das Jahr 1915 in sichere Aussicht stellen.

Wenn Ausbruch des Krieges standen hier tatsächlich „alle Räder still“. Nur in ganz schwachem Umfang wurde die Erzeugung im Laufe der Zeit wieder aufgenommen. Selbstverständlich hinterläßt dieses Darniederliegen der Edelmetallindustrie keine schwere Folgen nicht nur in der Stadt selbst, sondern auch in der ganzen Umgebung, denn außer in Pforzheim ist in weiten Umkreis keine Industrie anzutreffen. Die Kaufkraft ist erlahmt, der Umsatz der Geschäftswelt in die demgegenwärtigen Weise eingeschränkt. Hätten die Gewerkschaften mit ihrer Arbeitslosenunterstützung nicht helfend und mildernd eingegriffen, die Notlage der Arbeiterchaft und auch der Geschäftswelt wäre bedeutend vergrößert worden. Zählte doch unsere Verwaltungstelle im Jahre 1914 372353 allein für Arbeitslosenunterstützung aus. Diese gewaltige Summe ist zum größten Teil der Pforzheimer Geschäftswelt zugute gekommen. Diese Zahlen werden die Feinde der Gewerkschaftsbewegung, die vor dem Kriege in nicht geringer Anzahl auch in den Kreisen der hiesigen Geschäftsleute vorhanden waren, wohl münden gelernt haben; sie werden den Gewerkschaften künftig doch wohl eine bessere Würdigung entgegenbringen.

Das Wohl und Wehe des Pforzheimer Mittelstandes und auch einer hiesigen Stadtverwaltung hängt lediglich von der Bijouterieindustrie und ihrer Arbeiterchaft ab. Das ist diesen Kreisen nicht unbekannt. In so fühlbarer Weise ist es ihnen jedoch erst in diesen schweren Zeiten zum Bewußtsein gekommen. Hat nicht Eisen, Not revolutioniert auch die Sinne. Trotz inneren Widerstrebens mußte sich die Kathausmehrheit dazu bequemen, dem Drängen der Arbeiterchaft nachzugeben und eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, die ohne den Notstand, den der Krieg hervorrief, in absehbarer Zeit noch nicht gekommen wäre. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Sache muß lobend anerkannt werden; sie ist zu den Erfolgen nur zu beglückwünschen. Dasselbe muß mit Bezug auf die Besserbezahlung der Notstandsarbeiter gesagt werden. Nicht erst jetzt, sondern schon vor dem Kriege wurde diese Unterstützung erst dann eingeführt, nachdem die Bewegung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits abgelaufen war. Man ließ sich also recht lange Zeit bei Erledigung dieser wichtigen Frage. Wenn die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt etwas erhöht wurde, so gebührt den Arbeitervertretern auf dem Rathause besonderer Dank, daran sollten sich die Geschäftswelt in späterer Zeit erinnern. Zu wünschen wäre es dringend, daß die Arbeitslosenunterstützung auch nach dem Kriege bestehen bliebe. Wir wollen von dem sozialen Verständnis der Herren auf dem Rathause hoffen, daß sie sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen werden. Jedoch werden dazu wohl die Verhältnisse stärker sein müssen als der gute Wille gewisser Herren. Die Erhaltung dieser Einrichtung ist auch für den Mittelstand von großem Werte. Denn von der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiter hängt sein Wohl und Wehe ab. Er hat es im Grunde mit der Arbeiterchaft in der Hand, diese Einrichtung zu einer dauernden zu machen, wenn er den nötigen Druck auf seine Stimmzettel auf dem Rathause ausübt. Wir werden die Herren bei geeigneter Zeit darauf aufmerksam machen.

Pforzheim hat nicht nur in der gegenwärtigen Zeit schwer zu leiden, auch nach dem Kriege wird die Leidenszeit unserer Stadt nicht behoben sein. Die kommende Friedenszeit wird leider der Pforzheimer Bijouterieindustrie nicht so bald eine Besserung bringen. Ihre Weiterentwicklung und ihr neuer Aufschwung ist erschwert. Ein so schnelles Erholen wie nach dem Kriege 1870/71 wird voraussichtlich unterbleiben, denn die durch den Weltkrieg entsetzte gegenseitige nationale Abneigung wird auch Jahre hinaus die früheren Weltmarktbeziehungen nicht leicht wieder herstellen können. Darüber wird auch in Unternehmenskreisen keine andere Ansicht herrschen. Über diese Lage sind heute Tausendern hinzugehen, wäre ein großer Selbstbetrug zum Schaden Pforzheims und seiner Einwohner, der sich schwer tunen würde.

Dringend erforderlich ist es schon jetzt, daran zu denken und zu arbeiten, wie unsere Stadt und die Bevölkerung vor jahrelangen Schäden bewahrt werden kann. Hier ist es Sache der Stadtverwaltung, vorbeugend zu wirken, indem sie alles versucht, neben der Edelmetallindustrie noch andere Industrien nach Pforzheim zu ziehen und zu verpflanzen. Unseres Erachtens ist dies die wichtigste Frage, die die leitenden Köpfe auf dem Rathause jetzt beschäftigen muß. Hätte Pforzheim jetzt schon andere Industrien in seinen Mauern, es wäre um vieles besser bestellt und die Stadtverwaltung hätte bei weitem nicht die großen Aufwendungen zu machen. Nur eine Industrieart, das wird allen Kreisen jetzt so recht fühlbar, auf die ein großer Nachteil für ein Gemeinwesen. Dieser Zustand ist auf die Dauer für eine Stadt unhaltbar. Bei den bevorstehenden Beratungen des Voranschlags muß von den Arbeitervertretern diese wichtige Frage im Rathause angeschnitten werden. Jeder Bürger, dem an dem ferneren Wohl Pforzheims gelegen ist, wird die Heranziehung anderer Industrien begrüßen.

Pforzheim zählte nach der amtlichen Gewerbestatistik im Jahre 1912 allein in der Bijouterieindustrie 14001 männliche und 8196 weibliche beschäftigte Personen, zusammen 22197 Arbeitskräfte. Über 21 Jahre alt waren 14750 Arbeiter, davon 9869 männlichen und 4881 weiblichen Geschlechts. Wenn nun auch von den männlichen Personen nach dem Kriege eine Anzahl infolge Tod und Invalidität zur Industrie nicht mehr zurückkehren werden, so bleiben doch noch genügend Arbeitskräfte übrig, die in der Hauptindustrie aus den schon angeführten Ursachen keine Beschäftigung finden können. Diese müssen sich andere Beschäftigung suchen und deshalb muß die Stadt eingreifen, sollen Arbeiterabwanderungen in größerer Zahl nach anderen Plätzen verhindert werden. Da der Pforzheimer Arbeiterchaft nachgelagert wird, daß sie sehr anpassungsfähig ist, so wird sie sich in anderen Industrien auch bald einarbeiten.

Diese Ausführungen sollen dazu beitragen, diese wichtige Frage in weite Kreise der Pforzheimer Bevölkerung zu tragen, die Stadtverwaltung und alle in Betracht kommenden Körperschaften veranlassen, Hand anzulegen, damit sie einer baldigen Lösung entgegengeführt wird.

Berichte.

Formen.

Berlin. Seit Jahren besteht eine Vereinbarung für die Glaserbetriebe, wonach für Ausschuss, der ohne Verschulden des Arbeiters entsteht, der Arbeitslohn zu bezahlen ist. Ob ein Verschulden vorliegt, ist in jedem Falle festzustellen. — In einer am 14. März abgehaltenen Formerverammlung wurde ausgeführt, daß die Firma A. Borfig gegen diese Vereinbarung verstoßen, indem sie Ausschuss bei Arbeiten für das Heer überhaupt nicht bezahlt. Statt dessen wird den Formern auf den Akkordpreis, der anfangs 45 % für das Stück betrug, ein Zuschlag von 3 % gezahlt, was als Kaufschalvergütung für den Ausschuss gelten soll. Somit erhielten die Formner 48 %, bekamen aber für die Ausschussstücke keinen Arbeitslohn. Später ist der Akkordpreis auf 40 %, dann auf 38 % und zuletzt auf 36 % herabgesetzt worden. Die Ausschussvergütung von 3 % ist in diesem Preise enthalten, so daß der tatsächliche Arbeitslohn von 45 % auf 33 % herabgesetzt ist. — Auf eine Beschwerde, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband wegen der Nichtbeachtung der Bestimmungen über die Ausschussbezahlung an den Verband der Metallindustriellen richtete, antwortete die Firma Borfig, ihr Verhalten beruhe auf einer ohne Zwang zustande gekommenen Vereinbarung mit ihren Arbeitern. Diese Vereinbarung sei deshalb getroffen worden, weil die Untersuchung, welche Ursachen den Ausschuss verschulden, sehr schwer durchzuführen sei. Es handle sich nicht um einen Abzug, sondern um eine Vereinfachung des Abrechnungswesens, wodurch die schwierige Untersuchung der Schuldfrage vermieden werde. Die Arbeiter würden durch dies Verfahren nicht geschädigt, denn ihr Verdienst sei viel höher als in regelmäßigen Zeiten. Folgerungen für die Friedenszeit würden aus diesem Verfahren nicht gezogen werden. In der Versammlung wurde hierzu ausgeführt, daß nach den Feststellungen der Branchenleitung die Arbeiter mit dem Verfahren der Firma Borfig nicht einverstanden seien, sich dasselbe aber gefallen lassen, weil sie im anderen Falle Nachteile befürchteten. Wenn der Verdienst jetzt höher sei, so sei das nur darauf zurückzuführen, daß länger und anstrengender gearbeitet werde. An der seit Jahren bestehenden Vereinbarung, wonach unverschuldeter Ausschuss in jedem Falle zu bezahlen ist, muß unter allen Umständen festgehalten werden. Wenn aus dem Meist in der Borfigschen Arbeiter gegen das Verfahren der Firma Borfig erhoben werden würde, dann hätte der Verband die Möglichkeit, an zuständiger Stelle Klage gegen die Firma zu führen und diese würde den unverschuldeten Ausschuss nach wie vor bezahlen müssen. Die Versammlung beschloß einstimmig eine Resolution, die gegen das Verfahren der Firma Borfig protestiert und von den dort beschäftigten Arbeitern erwartet, daß sie von jetzt an den unverschuldeten Ausschuss voll bezahlt verlangen.

Metallarbeiter.

Braunsberg a. S. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde über die Abhaltung der nächsten Generalversammlung eingehend gesprochen. Eine von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Diese lautet: „Die am 15. März in Braunsberg a. S. tagende Mitgliederversammlung hat von der von Vorstand naturlich verpflichteten Einberufung der 12. Generalversammlung Kenntnis genommen. Sie ist jedoch nicht der Meinung, daß die Generalversammlung unter allen Umständen einberufen werden muß. Der Vorstand selbst ist der Ansicht, daß Entwürfe über Statutenänderungen verkehrt seien, da es ganz selbstverständlich wäre, daß die im Felde stehenden Kollegen genau so an der Organisation interessiert sind wie diejenigen, die

Technische Rundschau.

Neue Patente auf dem Gebiet der mechanisch. Metallbearbeitung.

Eine Erfindung betrifft eine Einrichtung für Radialbohrmaschinen, bei denen das Einspannen der Achse in bekannter Weise durch geteilte, innen zylindrische, außen konische Spannbüchsen erfolgt, die bezogen, den Abstand der Radialbohrung von der Radialbohrung machung vom Achsenmittelpunkt zu machen. Bei den bisherigen Konstruktionen wurde man eine außen konische Büchse über die Achse geschoben, und es waren die Spannbüchsen der Drehbank leicht ausgetauscht. Beim Gegenüberbewegen der beiden Spannbüchsen preßten sich diese über die Spannbüchsen, wobei die Achse gespannt und festgehalten wurde. Bei Beschleunigung in den Drehmaschinen der Radialbohrung waren aber zum Festspannen verschiedene lange Wege der Spannbüchsen gegeneinander nötig, wodurch auch die Abstände der Radialbohrung von den Radialbohrern ungleich wurden. Es war daher fast unmöglich, die Radialbohrung in gleiche Stellung zu den Radialbohrern zu bringen, was ein wesentlicher Nachteil war, wenn es sich um ein ungenügendes Radialbohrer handelte. Das ist nun bei einer neuen Einspannungseinrichtung für Radialbohrmaschinen (280578, H. Gagnier) in Berlin) vermieden worden. Bei dieser sind die Spannbüchsen in radialer Richtung verschiebbar. Das ist ein wesentlicher Vorteil, da die Spannbüchsen durch die Achse ein für allemal genau bestimmt, das ein Anschlag angebracht wird, der durch die Spannbüchse geführt ist. Für Radialbohrmaschinen Konstruktion ist dann noch eine Einspannungseinrichtung beim Anschlag angegeben.

Der jetzige Patentstreit geht auf eine Streitigkeit zwischen zwei gegenseitig verfeindeten Teilen von Radialbohrmaschinen (280544, H. Gagnier) in Berlin) zurück. Es handelt sich hier um zwei verschiedene Teile, die bei den Radialbohrern zusammen zu ein Teil werden der Teile vom Support aus ermöglicht, ohne daß diese unvollständige mechanische Mittel erforderlich sind oder daß der Arbeiter seinen Stand verlassen muß. Damit man die unvollständigen Streitigkeiten die erforderliche Kraft in Bezug auf die gegen Bewegung zu stehende Radialbohrer ausüben können,

ist nach der Erfindung folgende Einrichtung getroffen worden: Es sind zwischen dem Magnet oder dem Magnetanker und dem die Feststellung bewirkenden Bremsstange verstellbare Vorrichtungen zur Stromverriegelung angebracht, die auch bei einem verhältnismäßig geringen Magnetismus die Anziehung eines sehr kräftigen Bremsstanges ermöglichen. Durch Verstellung dieser Vorrichtungen wird aber gleichzeitig die Spannung zwischen Magnet und Anker bestimmt. Es ergibt sich also noch die Möglichkeit, eine Regulierung des Stromes zwischen beiden veränderlichen Kontakten vorzunehmen oder einen einzigen Stromkreis des Stromschlüssels anzuschließen. Auf diese Weise tritt immer die höchste Anziehung im Augenblick der Feststellung auf, und es gelangt diese infolge der erwähnten Zwischenstellung zur größten Wirkung. Die Verstellung zwischen Magnet und Anker kann auf verschiedene Weise geschehen. So mögen Stellglieder verwendet werden, deren Anziehen den Abstand vergrößert.

Ein Schneidblock mit eingezogenen Schneidbäden (281008, C. Schwan in Charlottenburg) kennzeichnet sich im wesentlichen folgendermaßen. Es sind die Einziehflächen mit einem länglichen versehen, dessen beide Ränder die Schneidbäden tragen und somit die Bäden bilden. Damit wird eine weitgehende Verbilligung in der Herstellung derartiger Schneidbäden herbeigeführt, und es sollen sich diese auch als Werkzeuge eignen lassen. Besonders sind auch Schneidbäden angegeben, die auf die Ausnutzung der Bäden beruhen. Diese ermöglichen eine Näherung der Schneidbäden in ihrem Lager zur Verbilligung der Bäden.

Es sind Statuenformmaschinen bekannt, bei denen die Hauptbewegung aus einem drehbaren Kern und einem auf diesem drehbaren Kern befindlichen verstellbaren zweiten Statuenkopf besteht. Der innere Teil des Kernes der Statuenformmaschine besteht dabei aus einem Zylinder, dessen Durchmesser größer als der des oberen Teiles ist. Mit solchen Statuenmaschinen ist es möglich, einfache Statuen zu fertigen. Wenn dabei der eine Scheitel des Statuenkopfes nach der Bewegung nach unten gerichtet sein soll, so wird der andere, senkrecht

stehende Scheitel zwischen der Grundplatte und dem drehbaren zweiten Statuenkopf eingespannt. Soll der Scheitel jedoch nach außen gerichtet sein, so wird dieser zwischen der Grundplatte und dem Wasserfern eingespannt. Demgegenüber stellt eine Biegemaschine mit einem auf dem Kern der Biegemaschine angeordneten verstellbaren Teil (280615, A. Wille & Co. in Braunsberg) eine Vorrichtung dar, mittels deren auch die Herstellung von Z-Eisen ausgeführt werden kann. Zu diesem Zweck ist hier auch der untere Teil der Biegemaschine derart trennbar vom Kern und verstellbar eingerichtet, daß ein in der Biegemaschine gelegener Scheitel zwischen diesem Kern und dem unteren Teil der Walze, oder zwischen dem oberen Teil der Biegemaschine und der Stirnseite der Druckwalze geführt wird.

Bekanntlich ist das Herstellen von Drahtketten, deren einzelne Glieder durch Löten gebildet werden, mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft. Diese beruhen darauf, daß sich die einzelnen Glieder beim Schweißen miteinander selbst verlöten. Das ist natürlich störend, und es ist schon verschiedentlich auf Abhilfe gesonnen worden. Eine Lösung der angegebenen Aufgabe will auch eine Vorrichtung zum Verhindern des Selbstlötens von Drahtketten (280577, Firma C. Wagner in Oberlein a. Nahe) bringen. Und die Erfindung sucht ihren Zweck dadurch zu erreichen, daß die Kette, sobald sie aus dem Bereich der Lötmaschine herauskommt, in Schlangenförmig über zwei viereckige Rollen geführt wird, deren Flächen der Größe der Glieder angepaßt sind. Um dann nach dem Brechen der einzelnen Glieder durch diese Rollen ein nochmaliges Einstellen zu verhindern, wird die Kette zum zweitenmal in Schlangenförmig über zwei Wellen geeigneten Querschnittes geführt. Bei diesem Verfahren findet also kein Zerschneiden oder plötzliches Abbrechen der Kette statt. Diese Vorrichtung gestattet ferner, den ganzen Vorgang im Auge zu behalten, wobei man leicht durch Regelung der Platte und des Laufes der Lötmaschine Abhilfe bei Störungen schaffen kann, wie sie durch Schwankungen des Gases, bei langsamem Lauf der Antriebsmaschine oder bei Ungleichmäßigkeit von Vorbräutlingen anderer Regierung entstehen.

den bunten Rock nicht anhaben. Dieses ist auch die Meinung der tagenden Mitgliederversammlung in Brandenburg a. S. Sie kann sich jedoch nicht der Ansicht des Vorstandes anschließen, indem er erklärt, es müsse zwischen dem Vorstand und der Mitgliedschaft über die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen während des Krieges eine Verständigung herbeigeführt werden, dazu bedarf es nach der Meinung der Versammlung keiner Generallösung. Die Versammlung schlägt vor: Vorstand und Beirat arbeiten Vorschläge aus. Diese werden den einzelnen Verwaltungen zur Beratung zugeschickt. Die Gauleiter berufen Konferenzen ein, in denen zu den Vorschlägen Stellung genommen wird und von dort aus in den abzuhaltenen Mitgliederversammlungen zur Annahme empfohlen werden. (Dieser Vorschlag wird jedenfalls aus Sparnisgründen gemacht. Die Bezirkskonferenzen kosten aber auch Geld. Auf dem vorgeschlagenen Wege ist jedoch in der Sache kein zufriedenstellendes Ergebnis zu erreichen. Schriftleitung.)

Überwalden. Vom Untertanen Fehler abzugewöhnen fällt manchmal sehr schwer, das hat schon jeder empfunden, der daran ging, sich von einer schlimmen Eigenschaft zu befreien. Wie es aber mit solchen Dingen den Einzelnen geht, so auch öffentlichen Einrichtungen. Zu Friedenszeiten war die Polizei sehr oft bereit, in einer Arbeiterversammlung ein staatsunwürdiges Unternehmen zu wickeln. Besonders dann, wenn die Versammlung Unternehmern nicht genehm war. In der Kriegszeit hat sich daran mancherlei geändert, weil man infolge des Eintretens der Arbeiterkraft zu der Einsicht gedrängt wurde, daß die Vorwürfe, die der Arbeiterkraft früher gemacht wurden, unberechtigt waren. Und man muß es auch der Polizei lassen, daß sie versucht, den Weibchen der gleichartigen Behandlung aller Bevölkerungskreise in die Tat umzusetzen, wenn man auch gegen die Behandlung da und dort noch mancherlei aussetzen hat. Manchmal verfährt sie aber doch in die alten Fehler. So kürzlich in Überwalden. Die Arbeiter der Erdwerke arbeiten in Lag- und Nachtschicht; sie hatten nun das Bedürfnis, einmal eine gemeinschaftliche Aussprache zu haben. Das war nach ihrer Meinung um so notwendiger, als im Betrieb ein eigenartiges System der Bevormundung angebracht wurde. Die Arbeiter hatten öfter unter sich gefaselt und das Geld der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Unterstützung für notleidende Kriegsfrauen aus dem Kreis ihrer eingezogenen Kollegen übermessen. Das war der Firma nicht recht, sie vertrat den Standpunkt, daß das im Betrieb verdiente Geld für Sammlungen der Firma zum Zwecke der Unterstützung der Frauen der aus dem Betrieb eingezogenen Arbeiter Verwendung finden müsse. Sie wählte auch einen Arbeiterschuß, der diese Sammlungen in die Wege leiten sollte. Das empörte einen Teil der Arbeiter, weil sie darin eine Verfügung über ihr verdientes Geld erblickten, die nicht berechtigt sei. Deswegen der Wunsch nach einer Aussprache, noch am Sonntag, den 28. Februar, gewählt wurde. Als die Arbeiter nach dem Lokal kamen, war ein Abgeordneter der Polizei da. Dieser erklärte, daß er beauftragt sei, die öffentliche politische Versammlung zu überwachen. Die Arbeiter machten ihn darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine reine Betriebsbesprechung handle; nichtsdestoweniger erklärte er, da zu bleiben. Das Eingreifen der Polizei war, wie uns berichtet wird, dadurch entstanden, daß einer der Inhaber der Firma einen der Einladungszettel gefunden und die Polizei davon verständigt hatte, daß die Arbeiter seines Betriebs eine Versammlung abhalten werden. Die Arbeiter jagen es nun vor, die Versammlung in dem Lokal nicht abzuhalten, weil sie der Meinung waren, daß die Polizei zur Überwachung von Werkstattbesprechungen kein Recht habe. Sie legten durch die Verwaltung ihrer Organisation auch Beschwerde bei dem Bürgermeister von Überwalden, dem Polizeichef, ein. Diese Beschwerde hatte Erfolg. Es wurde dem Organisationsleiter mitgeteilt: „Auf Ihre protokollierte Beschwerde vom 2. d. M. betreffend polizeiliche Überwachung einer nichtöffentlichen Versammlung der Arbeiter der Erdwerke erwidere ich Ihnen, daß ich Ihrer Auffassung beitrete, daß die Versammlung einer polizeilichen Überwachung nicht unterlag. Die Exekutivbeamten sind entsprechend befehligt worden. Empfehlungen würde es sich, in Zukunft auf den Einladungszettel das Thema anzugeben, so daß hieraus ersicht werden kann, ob es sich um eine politische Versammlung handelt.“ Damit ist ja nun anerkannt, daß die Überwachung ein Fehlgriff war. Was den Schlußsatz des Bescheides betrifft, so sind wir darin anderer Meinung. Eine Versammlung, die nur für die Arbeiter eines Betriebs stattfindet, ist niemals eine öffentliche. Empfehlungen würde es sich vielmehr, auf solche Anzeigen von Unternehmern nicht sofort einzugehen. Damit wäre wenigstens den Beamten ihre freie Zeit nicht geschmälert, da diese ja auch häufig überlastet sind und den freien Sonntagnachmittag sehr gern ihrer Familie widmen möchten.

Rundschau.

Reichstags.

Unerwartet kurz war die Versammlung des Reichstags, über deren Beginn wir in der letzten Nummer berichteten: schon am 20. März war der Haushaltsanschlag, der wichtigste Verhandlungsgegenstand, erledigt, und die Volksvertretung vertagte sich bis zum 18. Mai, um alsdann einige noch nicht genügend durchgearbeitete Gegenstände, wie das Stichtagsmonopol, und wohl auch eine Reihe von sozialpolitischen Gesetzesvorlagen fertigzustellen. Die Haushaltskommission wird bereits am 13. April wieder zusammentreten, um namentlich die Gesetze über die Versorgung der Kriegsinvaliden einer Durchsicht zu unterziehen und die Versorgungssache mit den Preissteigerungen der letzten Jahre und mit den in erfreulicher Weise gesteigerten Lebensansprüchen der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Bei dieser Gelegenheit sei zunächst eine Bemerkung eingeschoben, die auch für unsere an der Front stehenden Brüder von Bedeutung sein kann: es ist Sorge dafür getragen worden, daß die Bestrebungen, den Opfern des Kriegs noch in anderer Weise als durch bloße Rentenverweisung zu helfen, nicht zu einer Verfürgung der jetzt im Gesetz vorgesehenen und demnach vernünftigerweise erhöhten Bezüge gemißbraucht werden; die Versuche, Invaliden durch rechtzeitige orthopädische Behandlung ganz oder zum Teil wieder arbeitsfähig zu machen, sollen nicht der Rentenquetschung dienen, sondern zum Besten der Männer, die doch zumeist noch ein lauges Leben vor sich haben, dem mit der Zerstörung der Arbeitsfähigkeit der beste Inhalt genommen wäre. Gerade die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich anlegen sein lassen, Sicherungen dagegen zu schaffen, daß im Verlauf der Dinge die Begriffe Arbeitsfähigkeit und Erwerbsfähigkeit miteinander verwechselt oder durcheinandergewirrt werden.

Der Hauptteil der Reichstagsarbeit spielte sich diesmal in dem verstärkten Haushaltsausschuß ab, von dessen 36 Mitgliedern 10 der sozialdemokratischen Fraktion angehörten. Die Verhandlungen waren zumeist vertraulich, und die amtlich veröffentlichten Berichte geben auch nicht entfernt die Fälle von Unregungen und Ausfällen wieder, durch die sich die ganz einmütig von der Sorge um das Wohl unseres Volks getragenen Erörterungen auszeichneten. Wir möchten wirklich wünschen, daß in späteren friedlichen Zeiten die ausführlichen Sitzungsprotokolle, die jetzt in den Archiven des Reichstags ruhen, an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden: wir sind überzeugt, daß der gutgläubige Teil der Gegner der Reichstagspolitik unserer sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie Schnee an der Wängelsonne hinstammen würde, während freilich jene anderen Elemente, die aus purer Lust am Streit und um von sich reden zu machen, jetzt willkürlich Opposition treiben, nur eine neue Gelegenheit für den Beweis finden würden, daß sie sachlich völlig unbelehrbar sind. Zwei Vorwürfe werden mit besonderer Schärfe gegen die Fraktion erhoben: daß sie ihre Kritik eingestellt und „doch nichts erreicht“ habe. Der erste Vorwurf ist ganz unbegründet: in der Kommission hat niemand, namentlich kein Sozialdemokrat, ein Wort vor den

Mund genommen, wenn es galt, einen Mißstand aufzudecken oder eine Verbesserung anzuregen; es ist im Gegenteil bei aller Sachlichkeit und bei aller Zurückhaltung in der Form lebhaft und schnell gesprochen worden. Und was das „Erreichen“ anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß die Haltung der Fraktion zur Frage der Landesverteidigung ganz unabhängig von „Belohnungshoffnungen“ war, ist und bleiben wird; weiter ist aber hinzuzufügen, daß allen gehässigen Entstellungen zum Trotz in diesen Kriegsmoaten tatsächlich der Grund zu einer neuen Politik gelegt worden ist. Die Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück vom 20. März 1915 ist nur infolgedessen verlauschelt, wie ein nicht verantwortlicher und nicht allein entscheidender Minister selbstverständlich Dedung suchen muß. Wir alle sind ungeduldig und haben auch ein Recht dazu. Uns geht keine Reform schnell genug und keine weit genug. Es wäre wahrhaftig schlimm, wenn es anders wäre. Aber wir haben in langer Arbeit gelernt, daß Wunsch und Wille zwar uns selbst, nicht aber die Dinge um uns vorwärts treiben können. Aus Antrieb und Hemmung ergibt sich die tatsächliche Bewegung und ihre Geschwindigkeit. Wir lieben unser Volk so leidenschaftlich, um geduldig zu sein, aber wir haben neben dem Temperament auch den Verstand, der uns sagt, daß gut Ding will Weile haben. Die Dinge, die da Krümmen sollen, rücken jetzt in ganz unerschütterlicher Folgerichtigkeit heran. Die mit genügender Klarheit zu überschauende Entwicklung ist von den jetzt handelnden Persönlichkeiten ziemlich unabhängig. In den Grundzügen muß man folgendes festhalten: Zunächst müssen wir durch ein eisernes Zusammenhalten gegen eine Welt voller Feinde die Gewähr für einen dauernden und ehrenvollen Frieden schaffen, dem eine Niederlage Deutschlands würde die Zerstückelung unseres Staatsgebietes, die Zerstörung unserer Volkswirtschaft, die Rahmung unseres eigenen kulturellen Aufstiegs bedeuten; das jetztige und auch das kommende Geschlecht der deutschen Arbeiter würde schon durch die erdrückende Last der uns aufgezogenen Kriegsschuldungen auf das Lebensminimum zurückgeworfen, wir müßten vom Ertrag unserer Hände Arbeit Tag für Tag die Hälfte oder mehr an unsere Feinde abliefern. Darum und aus vielen anderen Gründen: wir halten durch! Ist es dank dem unerfütterlichen Lebenswillen unseres Volkes zum Frieden gekommen, dann beginnt der innere Neuaufbau. Alter Schutt muß weggeräumt, junge Saat gelegt und gepflegt werden. Das wird Arbeit und Geld kosten. Arbeit — das sind wir. Und Geld? Nun, das Geld kann in Form von Steuern, Abgaben, Monopolgewinnen oder wie immer es aufgebracht werden soll, nur mit unserer Hilfe aus dem Besitz privater Kapitalisten in die Kassen des Reiches geleitet und öffentlichen Zwecken dienstbar gemacht werden. Oder bildet man sich ein, daß die Kapitalisten und ihre politischen Vertreter selbst mit Hurra und Hujja die notwendigen Milliarden von neuen Steuern bewilligen würden, wenn nicht der gewaltige Druck einer organisierten Massenpartei ihnen nachhülfe? Das heißt aber, daß die Regierung — welche Personen immer darunter zu verstehen sein werden — uns nach dem Kriege mindestens ebenso nötig hat, wie jetzt während des Krieges. Es gibt in der Tat nur eine Macht der Welt, die die Sozialdemokratie von ihrem berechtigten Einfluß auf die Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland nach diesem gewaltigen Kriege ausschalten könnte — das ist die Sozialdemokratie selbst!

Solches wissen offenbar auch die Kreise, die sich schon seit Wochen bemühen, Zwietracht in unsere eigenen Reihen zu tragen. Sie suchen die Grundlagen wirklich entscheidender Erfolge erst zu vernichten, um dann nachher für sich den mäßigen Ruhm in Anspruch nehmen zu können, daß „sie es immer gesagt haben“. Die Furcht vor dem Erfolg ist ihrer Laster Anfang. Ihr Tun wird ungefährlich bleiben, das sind wir sicher; denn die deutschen Arbeiter werden sich schonstens dafür bedanken, in die Sackgasse „revolutionärer“ Wortmacherei und tatsächlicher Harnlosigkeit hineingetrieben zu werden, in der das Leben der Organisationen zu erstickend droht. Das kostbare Blut unserer eigenen Söhne und Brüder, unserer Mütter und Väter soll nicht umsonst geflossen sein!

Es gibt nur zwei Arten der Betätigung für eine proletarische Massenbewegung: entweder ist sie revolutionär oder sie geht auf Reformen aus. Will oder kann sie nicht das eine sein, so muß sie den Mut haben, das andere ganz und ehrlich zu sein. Eine Arbeiterbewegung, deren politische und gewerkschaftliche Organisationen sich nicht dauernd isolieren lassen, sondern ihre Unabhängigkeit und ihre Stärke gerade dazu benutzen will, um in freier Würdigung des Einzelfalles jeweils ihre Entschlüsse dem Leben anzupassen, hat die Welt für ihre Betätigung offen, und es gibt in dieser Welt wahrhaftig genug für sie zu tun.

Aus dem Bewußtsein der hohen Verpflichtung, die jene starke Unabhängigkeit ihr auferlegt, hat die sozialdemokratische Fraktion diesesmal für den Etat gestimmt, in dem 10 Milliarden Kriegskredite enthalten sind. Das geschah auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses (hinter dem allerdings eine sehr starke Mehrheit steht), nicht völlig einhellig. Die Minderheit, soweit sie nicht in „weltbürgerlicher“ Verlegenheit die Pflicht der Vaterlandsverteidigung verneint und sich damit tatsächlich von uns innerlich trennt, hielt sich durch frühere Parteitagbeschlüsse zu einer Ablehnung des Budgets verpflichtet. Ein solcher Grund für ein politisches Verhalten, das für unser Land und für die Partei schlechthin verhängnisvoll hätte werden können, wenn sich die Mehrheit ihm angeschlossen hätte, mag ehrenwert sein, dem Wohl der Arbeiterkraft dient man aber mit formalistischer Buchstabengläubigkeit nicht. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Zustimmung zum Budget sind so wohl und so überzeugend in einer Rede und in einer Erklärung des Abg. Scheidemann begründet worden, daß wir auf diese nur zu verweisen brauchen.

War mit dieser Bewußtheit der Fraktionsmehrheit eine zielbare Weiterführung der „Politik des 4. August“ gewährleistet, so schien das Werk doch in der letzten Stunde noch weiter ins Wanken zu kommen, als sich plötzlich wieder einmal, wie schon so oft früher, die Extremen von rechts und die Extremen von links in dem (un-eingestandenen) Wunsch einer neuen Isolierung der Sozialdemokratie zusammenschanden. Einige taktlose und politisch unkluge Worte des Abgeordneten Ledebour, der mit ihrer Äußerung über einen ihm anvertrauten Auftrag der Fraktion hinausging, gaben den Reaktionen auf der Rechten vom Schläge der Kreth und Bestarp den gern benutzten Anlaß zu einem Vorstoß, der seine eigentliche Schärfe allerdings erst gewann, als Liebknecht, von dem in den letzten Tagen schon einmal wieder nicht genug geredet worden war, mit einem häßlichen Zwischenruf Europas Aufmerksamkeit erneut auf sich zu ziehen suchte. Doch auch diese Gefahr eines ähnlichen Ausfalls der Reichstagsfraktion wurde durch die hohe Entschlossenheit der Fraktionsleitung abgewehrt, die sowohl für Ledebours Äußerungen wie für Liebknechts Zwischenruf die Verantwortung rundweg ablehnte und zwar in voller Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit ihrer Kollegen. Auch zu etwaigen Vorwürfen, aus diesem Vorgang ein empfindliches Kapitel im neuesten „Märtyrerenroman“ zu machen, würde's schwerlich kommen.

Wer jetzt der Arbeiterbewegung dienen will, der arbeite unverdrossen und rege an der Bewirklichung dessen mit, was als Programm aus unseren Forderungen und den Zusagen der Regierung in der Delbrück'schen Rede leicht zusammenzustellen ist. Wir brauchen nicht nur jeden guten Willen, sondern nicht minder jeden geistigen Kopf zu dem Werke!

Arbeiterversicherung.

Der Tod eines Monteurs infolge Malaria als Betriebsunfallfolge anerkannt. Nach einem über 8 1/2 Jahre dauernden Prozedereverfahren hat das Reichsversicherungsamt in Berlin am 18. Februar 1915 den Tod an Malaria (verursacht durch Mückenstiche) als Betriebsunfallfolge anerkannt und den Hinterbliebenen die Unfallrente ausgeprochen. Es ist das eine grundrätliche wichtige Entscheidung. — Von der Firma L. in Braunschweig wurde am 8. März 1911 der Arbeiter M. zur Montage nach Maison-Carte (Magier) geschickt. Bei dieser Montagearbeit wurde M. durch Mückenstiche von einer sogenannten Anopheles-Mücke verletzt und bekam das Sumpffieber, woran er am 3. Juli 1911 starb. Im Auftrage der Hinterbliebenen machte das Reichsversicherungsamt in Braunschweig bei der Sektion VI der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in Braunschweig die Sterbegeld- und Rentenansprüche geltend. Diese wurden von der genannten Berufsgenossenschaft und im Berufungsverfahren auch vom Oberversicherungsamt in Braunschweig abgelehnt, so daß das Rekursverfahren beim Reichsversicherungsamt in Berlin ergriffen werden mußte. Das Reichsversicherungsamt nahm eingehende Beweiserhebungen vor und holte auch ein Gutachten vom Dr. Kochschen Institut in Berlin ein. In diesem Gutachten wird auch der Unfallversicherung entgegengetreten, daß andere Ursachen als die Stiche der Anopheles-Mücken die Malariaerkrankung herbeiführen könnten: „Der Ansicht, daß außer der Anopheles-Mücke noch andere Einflüsse für die Übertragung der Malaria auf die Menschen in Betracht kommen, muß entschieden widersprochen werden. Sowohl die deutschen wie auch die französischen maßgebenden Gelehrten sind sich darüber einig, daß für die Übertragung der Malaria Parasiten nur die Anopheles-Mücken verantwortlich gemacht werden können. ... Auf Grund des Tatbestandes und der vorausgegangenen Erwägungen gebe ich mein Urteil dahin ab, daß der Tod des M. zwar nicht direkt auf die durch den Stich einer oder mehrerer Anopheles-Mücken verursachte Malariaerkrankung zurückzuführen ist, daß aber die Malaria die indirekte Todesursache des M. war; sehr wahrscheinlich würde M. noch am Leben sein, wenn er nicht durch den Stich einer oder mehrerer Anopheles-Mücken malarialkrank geworden wäre.“ Die dem Gutachten schloß sich das Reichsversicherungsamt an und sprach den Hinterbliebenen das Sterbegeld und die Unfallhinterbliebenenrente zu. Die Berufsgenossenschaft mußte den Hinterbliebenen vom Todesstige des Monteurs M. (3. Juli 1911) an den Betrag von 3159,60 M nachzahlen und hat in Zukunft den jährlichen Rentenbetrag von 871,60 M an sie zu entrichten.

Von der Automobilindustrie.

Daß der Kraftwagen in seiner verschiedenartigsten Gestalt im gegenwärtigen Krieg eine ganz bedeutende Rolle spielt, ist wohl allgemein bekannt. Aber auch die gewagtesten Schätzungen dürften wahrscheinlich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Die illustrierte Zeitschrift Der Sport im Wilde hat ihr Heft 9 als Sondernummer „Das Kraftfahrzeug im Krieg“ herausgegeben und macht darin über die Verwendung der Kraftwagen im Felde folgende Mitteilungen:

Frankreich hat Ende Juli ein Ausfuhrverbot für Automobile erlassen und kurz zuvor eine Zählung dieser Fahrzeuge vorgenommen. Vorhanden waren bei Ausbruch des Krieges 18000 Militärautomobile aller Art und beansprucht wurden noch 50000 Privatautomobile. Dazu kommen noch 10000 Automobile der Stadt Paris.

England hat rund 20000 Automobile auf dem Kampffeld, darunter 1000 Automobile der Stadt London.

Deutschland hat 30000 Militärautomobile und dazu ungefähr 25000 Privatautomobile mit Beschlag belegt, so daß diese drei Staaten, ohne Belgien, Russland und Österreich, rund 150000 Automobile an der Front haben.

Rechnet man nun die große Abnutzung der Kraftwagen bei den ungeheuren Anforderungen, die an sie im Kriege gestellt werden und ihre unausgesehene und nur teilweise mögliche Ergänzung in erster Linie aus vorhandenen Beständen, so darf wohl damit gerechnet werden, daß gerade diese Industrie nach dem Kriege vollst. zu tun bekommen wird. Vor allem wird auch die Kraftwagenindustrie vermehrte Beschäftigung erhalten, denn der Mangel an schweren Zugpferden, der nach Beendigung des Krieges vorhanden sein wird, wird größere Werke (Mühlen, Transportgeschäfte und Brauereien) veranlassen, von der lebenden Kraft mehr noch wie bisher zum motorischen Bewegungsmittel zu greifen.

Die Enttäuschten.

Die Wortführer der christlichen Arbeiterbewegung haben stets mit besonderem Stolz darauf hingewiesen, daß sie der ausgleichenden Gerechtigkeit zuliebe entgegen ihren eigenen Lebensnotwendigkeiten den Schutzforderungen der christlichen Bauernvereine zugestimmt und sich deshalb den größten Ungelegenheiten bei ihrem proletarischen Geseloge und der schärfsten Kritik der „Mischtraktate“ ausgesetzt haben. Die guten Leute müssen jetzt und zwar in immer noch steigendem Maße erfahren, daß sie dafür alles andere als Dank ernten. Seit Monaten macht sich darum in dem Organ der katholischen Arbeitervereine, der Westdeutschen Arbeiterzeitung, in dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften und in den einzelnen Verbandszeitungen der Groll gegen die bäuerlichen Preisstreiberen Luft. Schon vor längerer Zeit hat das Zentralblatt in einer Betrachtung über den Krieg und seine Wirkungen beklagt, daß die landwirtschaftlichen Organisationen an ihren Mitgliedern keine Erziehungsbearbeit „im Sinne der Gesamtinteressen des Volkes“ geleistet hätten. Darauf empfang das Zentralblatt eine Antwort Dr. Heims im Bayerischen Bauernblatt, die einer Retourkutsche sehr ähnlich sah. „Die Organisationen, die das christliche Zentralblatt vertritt, hätten bisher nichts für die Allgemeinheit geleistet, sondern nur Forderungen an diese gehabt.“

Den freien Gewerkschaften, die aus Anlaß des Krieges jetzt schon mehr als 25 Millionen Mark an Unterstützungen geopfert haben, könnte Dr. Heim eine solche Vorhaltung nicht machen. Das Zentralblatt erklärt, sich über die Kriegseinstellungen der christlichen Gewerkschaften mit dem Bauernblatt „im einzelnen“ nicht auseinanderzusetzen zu wollen; dann aber schreibt es (Nr. 6, Seite 54) zutreffend:

„Wenn man den Arbeitern für ein Jahrzehnt im voraus anständige Löhne festsetzt, ähnlich wie man der deutschen Landwirtschaft durch den Zolltarif zur zwölf Jahre angemessene Preise gesichert hat, dann stellen die Arbeiter bestimmt sehr viel weniger Forderungen an die Allgemeinheit.“

Zu Anknüpfung daran zitiert das Zentralblatt einen Artikel der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 178), worin „gerechterweise dankbar anerkannt“ wird, „daß die Arbeiter, wenigstens soweit sie nicht zu Sozialdemokratie gehören, in wichtigen Angelegenheiten stets der Landwirtschaft ihre Hilfe geliehen haben, besonders bei der Gewährung des Agrarzweises, und zwar mußten sich die christlichen Arbeiter dafür fortgesetzt die schärfsten Anschuldigungen und Beschimpfungen von Seiten der Gegner der Landwirtschaft gefallen lassen. Auch haben es die christlichen Arbeiterorganisationen nie daran fehlen lassen, ihre Mitglieder zum Verständnis und zur Berücksichtigung der Landwirtschaft zu erziehen.“

Aus eigenem macht dann das Zentralblatt die christlichen Gewerkschaften noch die folgenden wertvollen Bemerkungen: „In den letzten 20 Jahren ist in Deutschland bei allen großen Gesetzgebungswerken (Zolltarif, Steuerpolitik im Reich und in den Bundesstaaten, Wahlrechtsfragen, Reichsversicherungsordnung etc.) gegenüber der Landwirtschaft eine Verhältnismäßigkeitspolitik betrieben worden, wie sie kein zweites Land der Welt mit einer ähnlichen Volksschichtung wie Deutschland in der gleichen Zeit aufzuweisen hat. Die christliche Arbeiterschaft zeigte für diese Politik weitgehendes Verständnis. Jetzt, während des Krieges, bekommt sie dafür den Dank vom Hause Habsburg. Gerade die Bauern, die die Massen zur Freilassung ihrer Erträge nicht entbehren können (Erbsen, Linen, Kartoffeln etc.), weisen gegenwärtig die größte Preissteigerung, und zwar eine solche von 100 und mehr Prozent auf. Allein an Speisekartoffeln, wovon in Deutschland im Kriegsjahr 1914/15 rund 350 Millionen Zentner verbraucht werden, sind den Konsumenten von den Bauern und Händlern etwa eine Milliarde Mark mehr abgenommen als in normalen Jahren. Gegen eine Preissteigerung von 20 bis 30 Prozent hätten

